

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 11

Artikel: Der neue Chef des KGB
Autor: M.C.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077080>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Chef des KGB

Die Zeiten, als der sowjetische Staatssicherheitsdienst noch Staat im Staate war, sind anscheinend vorbei. Der 53 Jahre alte Parteitheoretiker und Sekretär des Zentralkomitees, Juri Wladimirowitsch Andropow, der am 18. Mai 1967 zum Chef des Sicherheitsdienstes der UdSSR ernannt wurde, ist im Vergleich zu den einst allmächtigen KGB-Befehlshabern, wie Jeschow und Berija, eher ein farbloser Intellektueller. Seine Ernennung kann damit erklärt werden, dass der Staatssicherheitsdienst in Zukunft noch stärker als bisher unter der Kontrolle des Zentralkomitees der KPdSU bleibt. Andropow gilt als Repräsentant des Parteiapparates und enger persönlicher Mitarbeiter von Generalsekretär Breschnew, den er in der letzten Zeit zu allen wichtigen Konferenzen begleitete.

1956 in Budapest

Andropow begann seine Laufbahn 1944 als Parteifunktionär. 1950 wurde er zum Sekretär des Zentralkomitees der KP der Karel-Finnischen Sowjetrepublik ernannt. 1953 betraute man ihn mit der Leitung der sowjetischen Botschaft in Budapest. Als Botschafter seines Landes in Ungarn spielte er eine wichtige Rolle im Geschehe des ungarischen Volkes. Seine Verhandlungen mit Imre Nagy in den Tagen des ungarischen Volksaufstandes von 1956 werden wahrscheinlich sehr lange in Erinnerung der Magyaren bleiben. Als Imre Nagy ihn am 1. November um 11 Uhr empfing, erklärte Andropow, dass die nach Ungarn strömenden sowjetischen Divisionen bloss Polizeikräfte der NKWD seien, die in einigen Besatzungseinheiten die Disziplin wiederherstellen wollten. Imre Nagy setzte dann Andropow von neuen Einzelheiten in Kenntnis, zeigte ihm auf der Landkarte die Richtung, in der sich die Sowjettruppen bewegten, und ersuchte ihn dringend, bei seiner Regierung zu intervenieren, damit diese ihr feierliches Versprechen einhalte und in Erfüllung der Bestimmungen des Warschauer Paktes die im Lande stationierten Sowjettruppen dem Befehl des ungarischen Verteidigungsminis-

ters unterstelle. Andropow versprach, die Gelegenheit in kürzester Zeit zu erledigen.

Um 11.40 Uhr telephonierte der Botschafter dem Ministerpräsidenten und teilte die Antwort Moskaus mit, wonach die feierliche Erklärung vom 30. Oktober bezüglich des Abzugs der Sowjettruppen eingehalten werde. Ministerpräsident Nagy verlangte hierauf ein förmliches Versprechen, dass keine neuen sowjetischen Truppen nach Ungarn entsandt würden. Der sowjetische Botschafter lehnte es jedoch ab, irgendeine diesbezügliche Verpflichtung einzugehen. Am Nachmittag berief Ministerpräsident Nagy den Botschafter Andropow wieder zu sich. In Anwesenheit der Regierungsmitglieder und Militärexperten legte er ihm neue, präzise Beweise für die Ankunft sowjetischer Truppenverstärkungen vor. In dieser gespannten Diskussion erklärte Janos Kadar in seiner Eigenschaft als Erster Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, als ungarischer Kommunist habe er die Pflicht, wenn nötig mit der Waffe in der Hand gegen diese Truppen zu kämpfen.

Spät nachts suchte Andropow den Ministerpräsidenten nochmals auf und teilte ihm mit, dass er zu dem Vorschlag ermächtigt worden sei, dass die ungarische Regierung ihren Appell an die UNO im Austausch gegen den Abzug der Sowjettruppen zurückziehen möge. Am Morgen des 2. November teilte Botschafter Andropow dem ungarischen Ministerpräsidenten mit, seine Regierung erbete so rasch wie möglich eine Liste jener ungarischen Persönlichkeiten, die in die Verhandlungskommissionen entsandt würden. Am 3. November um 10 Uhr morgens trat bereits die ungarisch-sowjetische Militärkommission zusammen. Am frühen Nachmittag wurde die Sitzung unterbrochen, und der Chef der sowjetischen Delegation lud die ungarischen Partner ein, sie am Abend in Tököl, im Hauptquartier der Sowjettruppen, fortzusetzen. Den Rest der Geschichte kennen wir bereits: Die ungarische Delegation wurde um Mitternacht verhaftet, und

in den frühen Morgenstunden begann die zweite sowjetische Intervention und die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes.

KGB und Diplomatie

Andropow blieb bis Mai 1957 in Budapest. Nach seiner Abberufung als Botschafter übernahm er die Leitung der Abteilung für die Angelegenheiten der kommunistischen und Arbeiterparteien in den sozialistischen Ländern beim Zentralkomitee der KPdSU. Er galt in der sowjetischen Parteiführung als Experte für die inneren Angelegenheiten der kommunistischen Parteien der volksdemokratischen Staaten. Seit 1961 ist er Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, und im April 1966 wurde er sogar zum Sekretär des ZK gewählt.

Andropow kommt wahrscheinlich nicht ohne praktische Erfahrungen als Geheimdienstfachmann an die Spitze des Sicherheitsdienstes, denn nach dem Bericht des sowjetischen Obersten Penkowski ist ein Botschafter in erster Linie ein Angestellter des Zentralkomitees und gehört selbst oft dem GRU oder dem KGB an. Alle höheren Posten in einer Botschaft werden entsprechend einer Entscheidung des ZK der Partei unter geheimdienstlich geschultem Personal des GRU und des KGB aufgeteilt. Das Auswärtiges Ministerium und das Außenhandelsministerium existieren nur in Moskau. Im Ausland wird alles durch KGB und GRU kontrolliert. M.C.

Fragen an das SOI

Was versteht die kommunistische Theorie unter der Ausbeutung der Werktätigen?

Die Meinung, dass in den kapitalistischen Industriestaaten die Werktätigen von ihren Arbeitgebern auch heute noch ausgebeutet werden und folglich einer progressiven Verarmung («die absolute Verelendung des Proletariats») entgegengehen, ist eine der wichtigsten Thesen des Marxismus-Leninismus, an der man trotz des ständig steigenden westlichen Lebensstandards immer noch festhält. Diese mittlerweile anachronistisch gewordene Theorie geht auf gewisse Feststellungen von Karl Marx zurück, die er auf Grund von wirtschaftlichen und sozialen Zuständen

Werner Smoydzin

NPD — Geschichte und Umwelt einer Partei

Analyse und Kritik

Band III in der Reihe DAS DOKUMENT

260 Seiten, Paperback, Fr. 12.—

Die Entwicklung der rechtsradikalen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 und die Gleichheit der Agitationen bei der Sozialistischen Reichspartei, der ersten durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Partei der Bundesrepublik, und der NPD werden in diesem Buch offen unter Einschluss der handelnden Personen beschrieben.

Der Verfasser analysiert den Mitgliederbestand und die Wähler der NPD, vergleicht das Manifest der programmlosen NPD mit dem Programm der NSDAP und liefert damit den demokratischen Kräften das für die Auseinandersetzung mit der NPD notwendige Grundlagenmaterial.

Für seine Abhandlung bringt der Verfasser, der bereits eine kommentierte Dokumentation über den internationalen Faschismus unter dem Titel «Hitler lebt» geschrieben hat, als leitender Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz das spezielle Fachwissen mit.

Jeder, der heute auf dem Gebiet der Politik mitreden will, muss dieses Buch gelesen haben.

ILMGAU VERLAG

8068 Pfaffenhofen/Ilm (vor München)
(Bundesrepublik Deutschland)

Zu beziehen durch jede Buchhandlung!

getroffen hatte, die für den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch waren.

Danach ist die Ausbeutung des Proletariats eine direkte Folge des Privateigentums an den Produktionsmitteln. In der kapitalistischen Gesellschaft müssen die Werktätigen, das heisst jene Schichten der Bevölkerung, die über keine Produktionsmittel verfügen, ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Mit ihrer Arbeit aber erzeugen sie einen grösseren Wert als den Lohn, den sie ausbezahlt bekommen. Diese Differenz ist der sogenannte Mehrwert, der dem Besitzer der Produktionsmittel (Industrie usw.) zufällt und ihn immer weiter bereichert, was ihn wiederum in den Stand setzt, die Ausbeutung in immer grösserem Umfang zu betreiben. Nach kommunistischer Theorie bleibt die Ausbeutung deshalb so lange bestehen, als die Produktionsmittel nicht in Gesellschafts- oder Staatseigentum übergeführt werden.

Soweit die Theorie. Wie aber sieht es mit der Auflösung der Ausbeutungsverhältnisse in der Praxis aus? Zwar wurden mit der kommunistischen Macht ergreifung die Gross- und Kleinbetriebe wohl nahezu restlos verstaatlicht, aber an die Stelle der Privatbesitzer trat die allmächtige Verbindung von Partei und Staat, ein riesenhafter Trust, der alle wirtschaftliche und politische Macht in einer Hand konzentriert. Gegen diese Supermacht kann die Arbeiterschaft ihre spezifischen Interessen nicht verteidigen. So ist auf folgende Punkte hinzuweisen:

- Jeder Streik ist verboten und kann sogar als Sabotage geahndet werden.

- Arbeiterschutzorganisationen gibt es nicht, denn die Gewerkschaften sind keine Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, sondern Organe der Staats-

macht. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, sich für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Planerfüllung und andere von der Partei geförderten Ziele einzusetzen.

- Der Staat, mit andern Worten der Arbeitgeber, bestimmt nicht nur die Löhne, sondern auch die Preise jener primären Konsumgüter, die er seinen Arbeitnehmern verkauft.

Der viel besprochene Mehrwert kommt auch jetzt nicht dem Arbeiter zugute, sondern wird vom Staat abgeschöpft. Ueber seine Verwendung entscheidet das oberste Parteigremium ohne jede Kontrolle, da es keine echte parlamentarische Vertretung gibt. Der Warenmangel wird durch Preiserhöhungen aufgefangen, obwohl diese laut kommunistischer Theorie nur für das kapitalistische System charakteristisch sein sollten. In den sozialistischen Staaten dagegen müssten die Preise eigentlich ständig gesenkt werden, was den Tatsachen natürlich keineswegs entspricht.

Ferner müssen die Arbeitnehmer bei allen möglichen Gelegenheiten sogenannte Produktionsverpflichtungen auf sich nehmen, die für sie eine unbezahlte Mehrarbeit darstellen, für den staatlichen Arbeitgeber dagegen einen kostenlosen Mehrgewinn. Dazu kommen noch die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitsverpflichtungen, die praktisch bedeuten, dass die Bevölkerung in ihrer Freizeit bei Feldarbeiten, Strassenbauten, Hausreparaturen usw. unentgeltliche Arbeit leisten muss. Die rumänische KP berichtet in ihrer Presse durchaus öffentlich darüber, wie viele Millionen Lei der Staat auf diese Art einsparen konnte. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass bei der ungarischen Volkshebung die hartnäckigsten Kämpfe gerade in den Budapest-er Arbeitervierteln stattfanden. **SOI**

zeit und damit in der Zwischenzeit tendenziell recht gehabt. Allerdings liegen die ursächlichen Zusammenhänge nicht so eindeutig fest: Der Einsatz in Südostasien ist zum Teil eine Folge des sich verminderten Interesses an Europa. Im vorletzten Beitrag prüft Heinz Brehm die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf den sowjetisch-chinesischen Konflikt.

Diese mit Fakten unterbauten Meinungsäusserungen sind ergänzt durch einen Anhang, der die wichtigsten Erklärungen Südvietnams, Nordvietnams und der Vereinigten Staaten, einige Zahlen von militärischem Belang über Grösse der Streitkräfte und ihrer Verluste sowie eine Zeittafel und eine Bibliographie umfasst.

Herausgeber und SAD haben angestrebt, mit diesem Buch dem interessierten Staatsbürger die sachliche Dokumentation zur eigenen Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen. Die Autoren der hier zusammengefassten Aufsätze gehören daher nicht einer Richtung allein an. Gleichzeitig sind polemische «Parteivertretungen» vom Buche ausgeschlossen geblieben: statt der Schwarz-Weiss-Farben herrschen die wahrheitsnäheren Grautöne vor.

Wer sich nicht berufsmässig mit diesem gefährlichen Krisenherd befassen kann, aber trotzdem eine eigene und sachbezogene Meinung sich erarbeiten möchte, wird mit Gewinn zu diesem Buch greifen. Damit ist zugleich eine Grenze aufgezeigt, die jeder sachlichen Dokumentation gesetzt bleiben wird.

Es ist wohl kaum zu übersehen, dass viele Gegner der amerikanischen Haltung im Vietnamkrieg kaum aus politischen, vielmehr aus emotionalen Gründen zu ihren Urteilen gelangt sind. Verdrängungen und Projektionen in die politische Ebene sind aber in dieser Ebene selbst durch eine Diskussion der Tatsachen nicht mehr aufzulösen. Der Vietnamkrieg ist vielen zur Kulisse geworden, die verschiedenste psychische und wenig politische Hintergründe verdeckt.

Dort, wo ein ehrliches Bemühen um sachliche Information gegeben ist, dort auch, wo Informationslücken fragwürdige Meinungen bewirkt haben, kann dieses Buch grosse Dienste leisten. Unermüdlich sachlich zu informieren, was keine Wunder vollbringt, mag oft zu wenig wirksam scheinen, ist jedoch langfristig der einzig mögliche und ethisch gerechtfertigte Weg. **r. s.**

Der Buchtip

«Der Vietnamkrieg». Tatsachen und Meinungen. Herausgegeben von Alois Riklin. Schriften des Schweizerischen Aufklärungsdienstes. Zürich 1967. 177 Seiten.

Weil am Vietnamkrieg die politische Haltung allgemein und besonders dem Kommunismus gegenüber gebildet und verbildet wird — so Riklin in seinem einführenden Beitrag «Vietnamkrieg und öffentliche Meinung» —, hat der SAD diese Schrift herausgegeben. Neben diesem Beitrag und einem Schlusswort von Lorenz Stucki, «Perspektiven ostasiatischer Zukunft», sind neun Aufsätze zum Thema Vietnam, die 1965 und 1966 in ausländischen Zeitschriften veröffentlicht worden sind, hier wiedergegeben.

Hans Wilfried von Stockhausen untersucht in seinem Beitrag «Das koloniale Erbe» jenen Teil der Vorgeschichte, der zum Verständnis der heutigen Lage besonders bedeutsam ist, ohne aus verständlichen Gründen auf die vorfranzösische Zeit eingehen zu können, welche die vietnamesischen Abgrenzungen gegenüber China zu erklären vermögen. George A. Carver und Ernst Kux stellen in ihren Beiträgen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der «Revolution in Südvietnam» dar, eine Entwicklung, welche vermutlich zur nordvietnamesischen Aggression ähnlich beigetragen hat, wie das westdeutsche Wirtschaftswunder zur Versteifung Ulbrichts. Carver gibt in einem weiteren Artikel einen interessanten Abriss über «Die Viet-

cong», jene Organisation, welche politisch im ehemaligen Indochina die grösste Macht zu entfalten verstand. Bernard D. Fall befasst sich mit der Frage «Bürgerkrieg oder nordvietnamesische Aggression?» und sucht die Antwort im Zwischenbereich dieser Grenzfälle. Von besonderem Interesse ist sodann die seinerzeit bereits in «Encounter» stark beachtete Stellungnahme Richard Löwenthals, «Wider die amerikanische Intervention», die hier mit einer von mehreren in der englischen Zeitschrift veröffentlichten Antworten «Löwenthals Irrtümer» von Arnold Beichmann, zusammen schliesslich mit Löwenthals «Replik» abgedruckt sind. Der Berliner Politologe hatte seinerzeit eine Abkehr Amerikas von Europa als Folge des Vietnamkrieges prophe-

Die Araber proben...

(Fortsetzung von Seite 1)

das heisst die — wenn auch nur oberflächliche und vorübergehende — Wiederherstellung der arabischen Einheit an ihrem einzigen realen, aber unrealistischen Kristallisationspunkt — der gemeinsamen Feindschaft gegen Israel.

Für Israel schliesslich ist die Situation äusserst kritisch. Ägypten und die übrigen radikalen arabischen Staaten haben nie einen Hehl aus ihrer Absicht gemacht, Israel zu gegebener Zeit zu vernichten. Israel muss diese Bedrohung ernst nehmen, gleichgültig wie real die Chance ihrer Verwirklichung sein mag. In Israel weiss man aber auch, dass nach Lage der Dinge — und solange keine Normalisierung des Verhältnisses zu seinen Nachbarstaaten erreicht werden kann

— die Existenz des Staates am ehesten durch die arabische Uneinigkeit garantiert ist. Jede unbedachte Aktion Israels könnte gerade diese Uneinigkeit mit einem Schlag in Einigkeit verwandeln und damit nur Nassers Zielen dienen.

Daher ruht auf dem kleinen Staat Israel nicht nur heute, sondern auch in der voraussehbaren Zukunft die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens oder wenigstens des Waffenstillstandes im Mittleren Osten und in der Welt. Je grösser die Solidarität der freien Welt mit Israel ist, desto eher kann es die arabischen Drohungen und Provokationen ertragen. Je einsamer sich Israel in der Gemeinschaft der freien Völker fühlen muss, desto eher wird es — auf sich allein gestellt und der arabischen Todfeindschaft ausgeliefert — zur Verteidigung seiner physischen Existenz mit, notfalls präventiver, Waffengewalt neigen. **-HIP-**